

V0904/24

Schutz der Igel vor Gefahren durch Mähroboter
-Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der ödp-
Stadtratsgruppe vom 22.11.2024-

Gemeinschaftsantrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mögliche Maßnahmen zum Schutz für im Garten lebende Igel durch den Einsatz von Mährobotern zusammen zu stellen.
Diese sollen insbesondere enthalten:
 - a) Informationskampagne über die Bedeutung von Igeln für das Ökosystem,
 - b) Aufklärung über die Gefahren von Mährobotern für Igel und andere Lebewesen,
 - c) Vorschläge für alternative Zeitpunkte zum Einsatz von Mährobotern,
 - d) Handlungsempfehlungen für igelfreundliche Gärten.
2. Die Bürger*innen von Ingolstadt werden für diese Problematik sensibilisiert und über Schutzmaßnahmen informiert.
3. Die Ergebnisse sollen dem Stadtrat vorgelegt werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern auch ein Verbot von Mährobotern in den Nachtstunden rechtlich möglich ist.

| | | |
|--|------------|--------------|
| Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit | 26.03.2025 | Vorberatung |
| Stadtrat | 10.04.2025 | Entscheidung |

Stadtrat vom 10.04.2025

*Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der ödp-Stadtratsgruppe **V0904/24** und der Antrag der Verwaltung **V0081/25** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Stadtrat Ettinger berichtet, dass Igel auf der Liste der vom Aussterben bedrohten Tiere stünden und in Ingolstadt ein großes Netzwerk aus Ehrenamtlichen existiere, die die Tiere im Winter versorgen, bei sich aufnehmen und sich gegenseitig mit Tipps und Futter unterstützen. Dies zeige, dass Igel in der Stadt sehr geliebt werden. Man könne daher nicht untätig zusehen, wie die Tiere teilweise von Robotern verletzt werden. Viele dieser verletzten Tiere müssten zum Tierarzt gebracht werden und seien oft nicht mehr zu retten. Aus Tierschutzsicht sei es daher kaum vertretbar, gegen den vorliegenden Antrag zu stimmen.

Stadträtin Leininger betont, dass die Einführung eines nächtlichen Fahrverbots für Mähroboter notwendig sei, um Igel und andere nachtaktive Tiere zu schützen. Kommunen wie Köln und Krefeld haben bereits entsprechende Regelungen erlassen, die als Vorbild dienen können. Zudem wurde die Bedeutung von Aufklärungskampagnen und der Schaffung naturnaher Rückzugsräume hervorgehoben.

Stadtrat Bannert merkt an, dass für ihn die positive Bewertung dieses Antrags als selbstverständlich erscheine, da der Schutz nachtaktiver Tiere wie Igel im Mittelpunkt stehe. Er weist darauf hin, dass die Beschlussvorlage bereits im zuständigen Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Nachhaltigkeit intensiv diskutiert worden sei, wobei insbesondere die Schwierigkeit der Kontrolle eines nächtlichen Mähverbots thematisiert worden sei. Dennoch halte er eine Signalwirkung an die Öffentlichkeit für entscheidend, um ein Umdenken zu erreichen. Seiner Ansicht nach solle der Betrieb von Mährobotern zwischen 22 und 6 Uhr untersagt werden, wobei die Stadt durch gezielte Werbung und Informationen über die Risiken für Tiere aufklären müsse. Abschließend teilt Stadtrat Bannert mit, dass er dem Antrag der Verwaltung zustimmen werde.

Stadtrat Wöhrl teilt mit, dass die CSU-Stadtratsfraktion die zusätzliche Verordnung zum Igelschutz ablehne und befürworte stattdessen Maßnahmen wie Aufklärung und naturnahe Gartengestaltung. Er verweist auf die bereits beschlossene Gestaltungssatzungen für Neubaugebiete und betont die Notwendigkeit, bestehende Schottergärten zu verändern.

Stadtrat Dr. Meyer betont, dass das Thema aufgrund der Verbundenheit mit den Tieren sensibel sei und niemand den Lebewesen schaden wolle. Er teilt die Meinung von Stadtrat Wöhrl, da vor allem belastbare Daten wie etwa zur Häufigkeit von Vorfällen fehlen oder unabhängige Bestätigungen, dass in Ingolstadt überhaupt ein relevantes Problem bestehe. Er merkt an, dass weder Statistiken noch Berichte vorliegen, selbst der Tierschutzverein habe keine eigenen Erkenntnisse. Weiterhin weist Stadtrat Dr. Meyer auf eine Rückmeldung des FC Gerolting hin, dass trotz Nutzung von Mährobotern auf großen Flächen keine Vorfälle bekannt seien. Ein Verbot halte er daher für unverhältnismäßig und praktisch schwer umsetzbar, da tägliche Anpassungen der Gerätezeiten Vereine überfordern würden. Die Kontrolle solcher Regelungen sei ebenfalls kaum leistbar.

Stadtrat Schlagbauer äußert, dass es sich um ein sensibles Thema handle, und betonte, dass er sowohl Tierschützer als auch Familienvater sei, was eine zusätzliche Perspektive in die Debatte einbringe. Er erklärte, dass er seit acht Jahren einen Mähroboter nachts einsetze, um seine kleinen Kinder vor möglichen Unfällen zu schützen, da Kinderhände leicht in die scharfen Messer geraten können. Zwar seien die Geräte mit Sensoren ausgestattet, die Tiere schützen sollen, doch die grausamen Bilder verletzter Igel hätten seien erschütternd. Er plädiere daher für Aufklärungskampagnen, um nächtliches Mähen zu reduzieren. Ein Verbot lehne er jedoch ab. Dies sei nicht nur undurchsetzbar, sondern fördere auch Denunziantentum, was in der aktuellen Gesellschaft untragbar sei.

Stadtrat Stachel ist der Meinung, dass ein Appell an Verantwortung und Aufklärung statt eines Verbots notwendig sei. Er schließt sich der Meinung von Stadtrat Wöhrl und Stadtrat Schlagbauer an und betone, dass Mähroboter bereits seit Jahren auch nachts eingesetzt werden, um Konflikte mit Menschen zu vermeiden. Auch er schaffe sich aktuell einen neuen Mähroboter mit Kamerasystemen zur Tiererkennung an. Solche Technologien könnten zwischen Igel und Schnecken unterscheiden und dadurch Kollisionen verhindern. Es brauche jedoch Zeit, bis sich solche Lösungen in der Gesellschaft durchsetzen. Besonders für Sportvereine, die Flächen automatisiert mähen lassen, sei eine Nutzung außerhalb der Betriebszeiten entscheidend. Ein Verbot würde hier kontraproduktiv wirken.

Bürgermeisterin Kleine macht deutlich, dass es sehr wichtig sei eine Allgemeinverfügung zum nächtlichen Verbot von Mährobotern in Ingolstadt zu erlassen. Sie betont, dass das Töten oder Verletzen von Igel bereits durch das Bundesnaturschutzgesetz strafbewehrt sei, die geplante Regelung jedoch präventiv wirken solle. Durch ein Nachtfahrverbot könne gezielt den besonders nachtaktiven Igel Schutz geboten werden, da Mähroboter in dieser Zeit die größte Gefahr darstellen. Bürgermeisterin Kleine schlägt als Kompromiss eine mögliche zweijährige Befristung vor, um die Wirksamkeit zu prüfen. Ebenso verweist sie auf die Unterstützung ehrenamtlicher Igelschützer und die dokumentierten Verletzungsfälle, die die Dringlichkeit der Maßnahme bestätigen. Die Bilder der verletzten Igel verdeutlichten den Handlungsbedarf, unabhängig davon ob man dies nun als häufig bewerte.

Stadträtin Peters denkt, dass das Verbot auch ein Zeichen an die Hersteller sei, die Geräte noch sicherer zu machen. Die Befristung auf zwei Jahre sei ihrer Meinung nach sehr gut.

Bürgermeisterin Kleine schlägt als Kompromiss vor, die Ziffer zwei des Antrages zu ändern, sodass es eine Befristung von zwei Jahren gebe, die dann evaluiert werde.

Stadtrat Wöhrl ist der Meinung, dass trotzdem dafür geworben werden muss, dass Igel geschützt werden.

Stadtrat Lipp schlägt vor, diese Werbung in der Zeitschrift Ingolstadt informiert stehen soll, da man somit keine Haushaltsmittel dafür benötige.

Stadträtin Mader bittet um getrennte Abstimmung.

Oberbürgermeister Dr. Kern denkt, dass die Igel jedem am Herzen liegen. Zu Ziffer eins des Antrages sei eine engagierte Bewerbung im Rahmen der städtischen Möglichkeiten wünschenswert. Die Ziffer zwei werde wie von Bürgermeisterin Kleine bekanntgegeben mit einer befristeten Allgemeinverfügung von zwei Jahren zur Abstimmung gestellt.

Stadtrat Ettinger hakt nach, ob eine Art Monitoring über die ehrenamtliche Organisation beigebracht werden könne.

Bürgermeisterin Kleine denkt, dass die Ursache der getöteten Igel bereits eine Wirkung haben müsse. Dennoch mache man einen Aufruf zur Meldung der Fälle.

Sodann ergeht folgender Beschluss:

Wird bekanntgegeben:

1. Die Informationsseiten der Stadt Ingolstadt zum Igelschutz werden zur Kenntnis genommen.

Mit Mehrheit der Stimmen abgelehnt:

2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Allgemeinverfügung zum Verbot der nächtlichen Inbetriebnahme von Mährobotern im Bereich der Stadt Ingolstadt zu erlassen, **mit der Maßgabe die Allgemeinverfügung auf zwei Jahre zu befristen.**